Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **SV** — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Gegr. 1840.

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh und kostet monatlich a) durch die Post und unsere Boten 1,75 G.-M. zuzügl. Bestellgeld; b) in unserer Geschäftsstelle abgeholt 1,75 G.-M. Einzelpreis 10 G.-Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie jeder Briefträger entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. :: Geschäftsstellen Frankfurterstr. 16 und Bahnhofstr. 3. — Fernruf 2. Postscheckkonto Köln 10 158

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe in der 35 Millimeter breiten Spalte im Ortsverkehr 8 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennige;; Reklamen 1 Millimeter Höhe in der 75 Millimeter breiten Text-Spalte 40 Goldpfennige. Auslandsanzeigen: Valutaaufschlag. Bei Auskunftund Offertenannahme und Weiterbeförderung entsprechende Zuschläge. Anzeigen Rechnungen sind innerhalb 8 Tagen zahlbar, andernfalls Zinszuschläge in Höhe der Bankzinsen. . . .

Nr. 276 — **Olpe, Dienstag, den 25. November 1924** — **84. Jahrg.**

„Reichs- oder Landeswahlvorschlag natürlich an sicherer S.e.le."

Von Dr. Eismann, M. d. pr. L.

In diesen Worten drücken sich Forderungen der zahlreichen an den Reichs- und Landesausschuß der Zentrumspartei gerichteten Zuschriften aus. Manche begnügen sich mit einer „aussichtsreichen Stelle". Wahlkreisorganisationen, Stände- und Interessenverbände sind es, die diese Forderungen erheben; man macht auf die „schlimmen Folgen" aufmerksam, droht mit Verweigerung der Listenverbindung, begründet mit der großen Zahl der auf die Reichs- und Landesliste abfließenden Reststimmen, auf die Bedeutung des zu berücksichtigenden Standes, der hinter demKandidaten stehenden großen Zahl von Wählern etc. Ist es einem Wahlkreis nicht gelungen, bei der Aufstellung des Wahlkreisvorschlags einen Stand an aussichtsreicher Stelle zu berücksichtigen, verweist er die Vertreter desselben auf den Reichs- und Landesvorschlag oder tritt selbst als dessen Anwalt bei dem Reichs- und Landesausschuß auf. Manche Wahlkreisorganisationen scheinen ein Uebermaß von „politischem" Verständnis darin zu bekunden, daß sie anerkannt tüchtigen Parlamentariern keinen Platz auf dem Wahlkreisvorschlag einräumen, in der sicheren Erwartung, daß dieselben wegen ihrer Tüchtigkeit an eine sichere Stelle des Reichs- oder Landeswahlvorschlags kommen würden. In ihrer Ueberklugheit schmeicheln sie sich, einen Gewinn davongetragen zu haben, wenn ihr Wahlkreis nun einen mehr bekommen hat, man bedenkt aber nicht, wie verletzend das auf den abgelehnten, wohlverdienten Abgeordneten wirken muß. Oder soll es im öffentlichen und Parteileben keine Wohlanständigkeit und Dankbarkeit mehr geben?

In weiten Kreisen der Wählerschaft scheint man sich auch nicht mal darüber klar zu sein, wer die Reichs- und Landeswahlvorschläge aufstellt. Deshalb sei darauf kurz Antwort gegeben:

Die Reichswahlliste wurde von dem Reichsvorstande der Zentrumspartei, der aus Mitgliedern aus ganz Deutschland besteht, am 13. November in einer in Berlin abgehaltenen Sitzung aufgestellt; an demselben Tage wurde der preußische Landeswahlvorschlag von dem Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei ebenalls in Berlin beschlossen. Wie es bei so großen Ausschüssen selbstverständlich ist, wurden alle Rücksichten ausführlich besprochen, schließlich mußte abgestimmt werden. und zwar über jede Stelle der Vorschläge besonders. Das Ergebnis wurde veröffentlicht. Alle nachträglichen Erinnerungen, Proteste, zahme wie empörte und entrüstete, haben jetzt keinen Zweck mehr und können höchstens Fingerzeige für spätere Wahlen sein.

Wie aus den Zuschriften hervorgeht, ist man sich in weiten Kreisen auch über

die Grundsätze,

die bei der Aufstellung der Reichs- und Landeswahlvorschläge zu beachten sind, nicht im Klaren. Das mißliche an diesem Vorschlage besteht darin, daß man noch gar nicht weiß, wie viele Restsstimmen in dem Wahlkreis bleiben werden. Ist die Wahlbeteiligung zu Gunsten des Kreiswahlvorschlages gut, wird vielleicht ein Kandidat mehr als erwartet gewählt, wird also die Restzahl der Stimmen gering sein. Ist die Wahlbeteiligung schlecht, wird die Restzahl hinter der höheren eines anderen Wahlkreises, der vielleicht einen Abgeordneten weniger als erhofft, durchgebracht hat, zurückstehen. Der betreffende Wahlkreis würde dann auf Grund der Reihenfolge einen Abgeordneten erhalten, der ihm nach dem bei Aufstellung der Reihenfolge maßgebenden Grundsatz nicht zukommt. Es könnte diesem Widerspruch dadurch abgeholfen werden, daß der Landeswahlleiter den auf der Zentralliste stehenden Vertreter desjenigen Wahlkreises als gewählt bezeichnet, der die meisten Restsstimmen zur Zentralliste geliefert hat. Nach dem bestehenden Wahlgesetz ist dies nicht möglich.

2. **Maßgebend für die Reihenfolge auf der Zentralliste könnte vielleicht auch sein der Wert der betreffenden Persönlichkeit für die Partei.** Wer ist fähig, das zu entscheiden? Jede Person, die ihrer Aufgabe gewachsen sein möchte, hat eine doppelte Tätigkeit: einmal organisatorisch, Wähler zu gewinnen, Wähler aufzuklären, im gewissen Sinne auch, Wähler zu Staatsbürgern zu erziehen; zum andern politische; Beeinflussung des politischen Geschehens in der Gesetzgebung und Verwaltung, was durch die Fraktion geschieht. Da nun einmal die Gaben unter den Menschenkindern nicht gleichmäßig verteilt sind, dürfte es vielleicht wenige Menschen geben, die körperlich und geistig beiden Aufgaben gewachsen sind. Wem soll im Entscheidungsfall der Vorzug gegeben werden: dem Organisator (Agitator, Volksredner), oder dem Politiker (Juristen, Diplomaten, Verwaltungsbeamten)? Wenn man das Endziel der Wahl für die parlamentarische Arbeit brauchbare Männer den Fraktionen zuzusenden, im Auge behält, wird man geneigt sein, den letzteren vorzuziehen.

3. **„Die Reichs- und Landeswahlvorschläge sollen von Vertretern möglichst aller Stände besetzt sein."** Ein weiterer Grundsatz, der wegen der ihm vielleicht zu Grunde liegenden falschen Anschauung, daß der Zentrumsabgeordnete in erster Linie Standesvertreter sein soll, mit Vorsicht aufzunehmen ist. Denn jeder Zentrumsabgeordneter muß für alle Stände Vertreter sein, wenn er auch für den einen oder anderen besonders sachverständig sein mag. Nehmen wir aber einmal den Grundsatz als maßgebend an, wie soll die Reihenfolge der Stände bestimmt werden? Nach ihrer Wertschätzung (materiell, ideell)?, nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung (Kapital, Arbeit, Kopfarbeit, Handarbeit)? Die Fragen stellen, heißt Schwierigkeiten andeuten für die Verwendung dieses Grundsatzes. Oder vielleicht nach der Zahl der Wähler, die hinter diesen Standesvertretern stehen? Wer garantiert aber, daß dieselben gerade Zentrum wählen? Werden die Standesvertreter auch eifrige Arbeiter in der Fraktion sein, oder erscheinen sie bloß, wenn ihre Standesfragen zur Verhandlung kommen? Der Zweck der politischen Wahlen verlangt Abgeordnete der ersten Art. Aber man muß von ihnen darüber hinaus auch Betätigung in der organisatorischen" Parteiarbeit verlangen, sie müssen Fühlung mit den Wählern haben, wenn nicht durch Auftreten in großen Versammlungen, dann aber durch sachliche Berichterstattung in kleineren Wählerkreisen, Vertrauensleuteversammlungen, Windthorstbünden.

Das Entscheidende zur Aufnahme auf die Reichs- oder Landesliste müßte aber die Brauchbarkeit bezw. Unentbehrlichkeit für die Fraktionsarbeit sein. Diesem Moment haben sich der Reichsvorstand, sowie der Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei nicht verschlossen und bei der Vergebung der aussichtsreichen Stellen darauf Rücksicht genommen.

Wirtschaftliche Wahlversprechungen.

Wer dem deutschen Volke mehr verspricht, als daß es durch Anstrengungen und Entbehrungen Aussicht erhalten soll, allmählich wieder aufzusteigen, handelt gewissenlos. — Von diesem Grundsatz aus gesehen erscheinen viele wirtschaftliche Wahlversprechungen höchst bedenklich. Immer wieder ist darüber geklagt worden, daß nur die großen organisierten Gruppen, die bei den Wahlen ein „Gewicht in die Wagschale zu werfen" haben, Aussicht auf Berücksichtigung ihrer Wünsche besitzen. Am allerwirksamsten haben sich früher und auch jetzt die Parolen erwiesen, welche den gesamten breiten Massen des Volkes eine Besserung des Daseins verheißen. In einem linksradikalen Flugblatt wird „die Sicherheit einer besseren Zukunft Deutschlands" versprochen und im Falle eines Sieges der Linksradikalen verheißen, daß „freie Bahn geschaffen werde, um den Massen Kultur und Wohlfahrt zu geben". Diese erstrebenswerten Dinge sollen sich als Begleiterscheinungen einstellen, wenn die Bestrebungen der Gegner durchkreuzt werden. Die große Besserung soll ohne Schutzzoll, ohne Anpassung des Verbrauches an das erzielte Nationaleinkommen und ohne gesteigerte Arbeitsenergie geschaffen werden. Leider wird nichts darüber gesagt, auf welchem anderen Wege die gesteckten Ziele zu erreichen sind.

Es ist ein klägliches Zeichen dafür, wie gering die wirtschaftliche Bildung unseres Volkes noch ist, wenn bereits von der einfachen Hinwegräumung bisher gehegter Reformpläne Rettung erwartet wird. Wenn es nicht ein solch furchtbares Wagnis wäre, den Verkündern derart zweifelhafter Wirtschaftsvernunft die Leitung der deutschen Geschicke anzuvertrauen, so könnte man wünschen, daß den

gebefrohen Demagogen Gelegenheit geboten

wird, ihren bisher sorgfältig verschwiegenen praktischen Reformplan durchzuführen. Unsere Linksradikalen verteilten Wirtschaftsverträge, die nicht vorhanden sind. Sie zerrütten nicht nur das in deutschem Besitz befindliche Kapital, sondern gefährden auch das vom Ausland zur Verfügung gestellte Leihgeld. Sie machen Deutschland arm und abhängig und bringen das Ausland gegen uns auf. In Zeiten der Not ist es immer das einzig Richtige gewesen, an Bescheidenheit und Tatkraft, und nicht an Begehrlichkeit und Trägheit zu appellieren. Die Gebildeten in Deutschland haben eine schwere Unterlassungssünde begangen, daß sie jahrzehntelang nichts oder fast nichts taten, um die wirklichen Zusammenhänge der Wirtschaft den breiten Massen begreiflich und sie gegen die Verlockungen von ehrgeizigen Ideologen unempfindlich zu machen. Die Unterlassungssünde muß wiedergutgemacht werden. Die Berufenen dazu sind in erster Linie die unabhängigen Wirtschaftskritiker. Die politischen Parteien, und die Beauftragten der Unternehmer eignen sich hierzu sehr wenig, weil die Massen der Arbeiter und Angestellten den Argwohn haben, man wolle sie „dumm machen". Auch die „Volkshochschulen" haben sich nicht durchweg als Lehrer des Volkes in Wirtschaftsfragen bewährt. Am wirksamsten ist es, wenn junge, pädagogisch begabte Volkswirte in den Betrieben Studien- und Diskussionsgemeinschaften ins Leben rufen und die großen Zusammenhänge aus den allen geläufigen Erfahrungen des einzelnen Unternehmers heraus erörtern. Eine weitgehende wirtschaftliche Aufklärung könnte geleistet werden in den Fortbildungsschulen in Vereinen, in Innungen usw. Auch der Windthorstbund fände hier ein dankbares Feld. Freilich, selbst wenn sich solche Arbeiter am Volke in genügender Zahl finden, wird es viele Jahre dauern, ehe die volkswirtschaftlichen Grundwahrheiten richtig erkannt und ruhig besprochen werden

Keine Revolution in Rußland.

WTB Moskau, 24. Nov. Wie das Volkskommissariat erklärt, sind die Meldungen ausländischer Blätter über einen angeblichen Umsturz in Rußland völlig erfunden.

Italiens Verzicht auf Rechte aus dem Versailler Vertrage.

WTB Berlin, 25. Nov. (Drahtb.) Die Erklärung der italienischen Regierung vom 10. November d. Js. betr. den Verzicht der italienischen Anwendung des § 18 Anlage 2 zu Teil 8 des Versailler Vertrages hat folgenden Wortlaut:

Das königliche Ministerium für auswärtige Angelegenheiten beehrt sich, der deutschen Botschaft in Rom mitzuteilen, daß die königlich italienische Regierung, entsprechend den seiner Zeit gegebenen Versicherungen, im Interesse der italienisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen nicht beabsichtige, im Falle der freiwilligen Anerkennung der Deutschland durch den Teil 7 des Versailler Vertrages auferlegten Verpflichtungen von den durch § 18 (Anlage 2 zu Teil 8) des Vertrages übertragenen Rechten auf Sequestrierung **der Güter** Gebrauch zu machen, welche deutschen Staatsangehörigen oder Gesellschaften im Gebiete des Königreiches Italien und seiner Kolonien gehören, einschließlich der Depositen- und Kontokonenten mit den Banken und Schiffen und Waren, die sich in italienischen Gewässern befinden.

Panier Ludendorff!

In dem deutschvölkischen Alldeutschen Handweiser, dem Hammer-Jahrbuch für 1924, verhimmeln die Deutschvölkischen Oesterreichs Ludendorff als das „Panier".

Nun ist es sehr interessant, die Farben dieses Paniers kennen zu lernen. Bekanntlich kämpft in Deutschland Ludendorff, und sein völkischer Block unter der Flagge: Schwarz-weiß-rot. In Deutschösterreich wie überhaupt im Auslandsdeutschtum, hat man nun aber für die „großpreußischen" Farben schwarz-weiß-rot absolut kein Verständnis, und die Deutschen in Oesterreich, in Böhmen, in der Tschechoslowakei kennen und verehren nur die Farben Großdeutschlands, die alten Farben der Freiheit schwarz-rot-gold. Und unter welchen Farben kämpfen denn nun die Deutschvölkischen in Oesterreich? Man sollte doch annehmen, das „Panier Ludendorff" wäre in Deutschösterreich genau so wie diesseits der Grenze! Man kann doch nicht annehmen, daß Ludendorff jenseits der Grenze anbetet, was er diesseits der schwarz-gelben Pfähle verbrennt? Doch man vernehme und staune: der „Zeitweiser", der mit einem Bildnis und einer Widmung Ludendorffs geschmückt ist, in dem Ludendorff als der Führer der völkischen Bewegung gefeiert„ in welchem Ludendorff geradezu gleichgesetzt wird mit dem Panier der Deutschvölkischen — der Zeitweiser entrollt in einem Gedicht (S. 132) schließlich dieses deutschvölkische Panier, sodaß die Farben hell „im Sonnenlichte leuchten". Es heißt da in einer Strophe:

„Nun drauf ohn' Wanken, ohn' Besinnen,
Das stolze Banner ist entrollt,
Wie leuchten hell im Sonnenglanze
Die heil'gen Farben schwarz-rot-gold!"

Man muß der Bergischen Tageszeitung zustimmen, wenn sie dazu folgendes bemerkt:

Man sieht: Wenn bei den Deutschnationalen unter Hergts Führung trotz aller Kraftworte und Anstrengung das Banner ganz erheblich schwankt, so geht es mit dem Banner Ludendorffs und seiner deutschvölkischen Mannen noch kurioser zu: das Panier Ludendorff sieht in reichsdeutschen Landen schwarz-weiß-rot aus, sobald es aber die deutsch-österreichische Grenze passiert, „wechselt es die Farbe" und färbt sich mit einem Male schwarz-rot-gold!

O ferum, ferum, ferum — o quae mutatio rerum!

Die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung.

Der neue Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes, den das Reichsarbeitsministerium den beteiligten Reichsbehörden und den Regierungen der Länder zur Begutachtung vorgelegt hat, führt für Notzeiten die Pflichtarbeit ein als ein Aequivalent für die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und als ein wertvolles Mittel, in einer Zeit, in der neben der Arbeitslosenversicherung öffentliche Mittel für die Beschäftigung von Arbeitslosen bereitgestellt werden, den Arbeitswillen zu prüfen. Die Mittel der Arbeitslosenversicherung sollen grundsätzlich von der Wirtschaft aufgebracht werden. Reichen die Beiträge der Unternehmer und der Arbeiter nicht aus, so soll ein in guten Zeiten angesammelter Arbeitslosennotstock aushelfen. Notfalls gibt das Reich Darlehen, die in günstigeren Zeiten unter Beibehaltung der bis dahin bestandenen Höhe der Beiträge abzudecken sind. Im neuen Entwurf sind die Beiträge nicht mehr nach Gefahrenklassen, sondern nach der Höhe des Lohnes und nach dem Maß des Bedürfnisses im engeren Bezirk (Landesamt für Arbeitsvermittlung) abgestuft. Den Ansprüchen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung entsprechend, hält die staatliche Aufsicht sich in den Grenzen, wie sie auch sonst in der Sozialversicherung gezogen sind. Die Vorschriften über die Versorgung der Arbeitslosen in Krankheitsfällen schließen sich im wesentlichen an das geltende Recht der Erwerbslosenfürsorge an, wobei unbillige Verschiebung der Lasten zwischen den verschiedenen Klassenarten vermieden wird. Wegen der stärkeren Belastung, welche den Arbeitgebern und den Arbeitern auferlegt wird, ist in die Entscheidung der wirtschaftlichen Beteiligten gestellt, ob Mittel der Arbeitslosenversicherung für die wertschaffende Arbeitslosenversicherung verwendet werden dürfen.

Kurze Berichte vom Tage.

Heute wurde in Köln die neue große Domglocke (die St. Peter-Glocke) unter geradezu beängstigendem Menschenandrang zum Dome geleitet.

*

Die Leiche Jean Jauries wurde in das Pantheon überführt. — An dem Cafe Croissat, in dem Jaurès ermordet wurde, brachte man eine Gedenktafel an.

*

Der Streik der Dreher bei Siemens, der 3 Wochen dauerte und 4000 Mann umfaßte, ist beendet. Die Arbeit wird zu den alten Bedingungen aufgenommen.

*

Legationsrat v. Rintelen erstattete heute in Berlin Bericht über den Nathusius-Prozeß.

*

Nach den Feststellungen der preuß. Forstverwaltung hat die Forleule 200 000 Ha. Wald angegriffen. 20 000 Ha. sind vollständig vernichtet. Die übrigen Bestände können sich evtl. wieder erholen.

*

In Mexiko wurden 17. rebellische Offiziere, darunter 3 Generäle, erschossen.

Die Schande von Lille.

:: **Berlin, 24. Nov.**

Die Verurteilung des jetzt fast 70jährigen Generals von Nathusius durch das französische Kriegsgericht in Lille zu einem Jahr Gefängnis wegen angeblichen Diebstahls in Roubaix ist nichts anderes als ein infamer Racheakt. Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß eine solche Gerichtsverhandlung sich in demselben Augenblick vollziehen konnte, in dem die deutschen Vertreter mit den Vertretern der französischen Regierung sich zusammenfinden, um über die Anbahnung besserer Beziehungen zu Deutschland zu verhandeln.

In Lille haben die französischen Militaristen gesiegt. Daß diese französischen Gerichte auch von der Regierung Herriot noch nicht beseitigt werden konnten, zeigt die innere Schwäche dieser Regierung. Sollte die Regierung Herriot diesen Spruch des französischen Kriegsgerichts bestehen lassen, dann würde sie sich mit einem Makel beflecken, der ihr nicht wieder genommen werden kann.

Die Anklagen gegen den General v. Nat... sind vollständig gegenstandslos. Man wirft ihm ... Hüte, Teppiche, ein Tafelservice und einen Kinderwagen gestohlen zu haben. Nathusius erklärt, er habe nur einmal einen Teppich entfernen lassen, weil Flöhe darin waren. Ein Tafelservice ist regelrecht durch die Kommandantur requiriert worden, der General selbst hatte garnichts damit zu tun. Die Anklagen wurden erhoben auf Gerüchte und Klatsch hin, und eine Nachfrage in der Coblenzer Wohnung des Generals nach Einmarsch der Truppen im Dezember 1918 hat keinerlei Anhaltspunkte für eine Schuld des Generals ergeben. Daß nun trotzdem dieser Mann, dem alle, die ihn kennen das Zeugnis eines durchaus ehrenhaften Charakters ausstellen, der zu einer solchen Handlung niemals fähig wäre, von dem französischen Militarismus schuldig gesprochen wird zeigt uns, wie stark der nationalistische Haß auch in dem Frankreich von heute noch aufodert, wie stark das Rachegefühl ist, das unbekümmert um Recht und Moral lediglich die Vernichtung des Gegners bezweckt. Nicht General v. Nathusius ist in den Augen der Deutschen, ja in den Augen der ganzen Welt gerichtet, wohl aber diese französische Militärjustiz die noch nach einem Jahrzehnt nach Abschluß des Krieges am wehrlosen Feind sich zu rächen sucht. Sollen wir daran erinnern, daß es die Vertreter dieses Militarismus sogar im Zeichen des Friedens während des Ruhreinmarsches über sich gebracht haben, Staats- und Privateigentum nicht allein zu requirieren, sondern auch direkt zu stehlen? Wo sind da die französischen Militärrichter, und wo fällt es ihnen bei, diese wirklichen Verbrechen zu sühnen?

Der Spruch des Gerichts von Lille ist eine Schande für Frankreich, und wenn sich Herriot dieser Schande nicht teilhaftig machen will, dann wird er so rasch wie möglich die Ungültigkeitserklärung dieser Entscheidung betreiben müssen.

Der Fall Nathusius.

WTB Paris, 24. Nov. (Drahtb.) Der Reveille du Nord glaubt zu wissen, daß eine Gnadenmaßnahme zu Gunsten des Generals Nathusius ergriffen werde. Das Blatt hebt nach dem Matin hervor, daß General von Nathusius nur auf ein einziges mehr unpräzises Zeugnis verurteilt worden sei, und daß es zum Teil seine eigene Haltung im Verlauf der Verhandlung war, die ihm seine Verurteilung eingetragen habe. Das Blatt fügt hinzu, die Regierung sei gut beraten, wenn sie ein Gnadengesuch veranlaßt und wenn der General in seine Heimat zurückkehre, die er nie habe verlassen dürfen, um nicht den Schlaf der Diplomaten zu stören, die sein etwas lächerliches Abenteuer in Verlegenheit gebracht habe.

WTB Newyork, 24. Nov. (Radio.) Die französische 100 Millionen Dollaranleihe ist beträchtlich überzeichnet worden. Der Schluß der Zeichnung erfolgte 45 Minuten nach ihrer Eröffnung.

WTB Paris, 25. Nov. (Drahtb.) Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind heute nachmittag 3 Uhr im Handelsministerium wieder aufgenommen worden.

„Ich möchte im Wahlkampf alles lieber sein als deutschnationaler Kandidat."

So schreibt Dr. Otto **Kuntze** in der „Münchener Allgemeinen Rundschau" und fährt dann fort: „Alle Parteien haben vor dem 4. Mai ihre Wähler erkennen lassen, wie sie sich zu den viel beschriebenen Gesetzen (zum „Dawes-Gutachten) verhalten wollten. Die Deutschnationalen mit am deutlichsten. Sie donnerten wider das zweite Versailles, die Versklavung und Ausbeutung durch das jüdisch-amerikanische Kapital. Alle Parteien haben so gestimmt, wie sie es angekündigt. Nur die Fraktion Hergt, Westarp, Tirpitz, Spahn-Sohn und Bismarck-Enkel zeigt seit dem 29. August zwei Gesichter. Deutschnational zu wählen ist schon aus diesem Grunde eine Zumutung, die uns ganz unmöglich dünkt.

Die Deutsche Volkspartei

scheint für praktische Politik nicht unbrauchbar. Nur ist sie eine reine Interessenpartei. Ihr Ideengehalt erschöpft sich im kleindeutschen Nationalstaat mit imperialistischem Machtanspruch. Die Abstammung von den einstigen **Nationalliberalen** verleugnet sie nicht. Für ein Deutschland, dessen staatlicher Aufbau und politisches Handeln von ewigen, also **jenseitigen Gesetzen** bestimmt ist, fehlt diesen Diesseitsmenschen, diesen Spätlingen des 19. Jahrhunderts jedes Organ. Wer etwas besseres hat, braucht nicht Deutsche Volkspartei zu wählen."

Aus dem Nachtragsetat des Reichshaushaltes.

WTB Berlin, 22. Nov. Ein Nachtragsetat zum Reichshaushalt für das Jahr 1924 ist am Freitag vom Reichsrat angenommen worden. Unter Hinzurechnung der Ziffern des Nachtragsetats gestaltet sich der bisher vom Reichstag noch nicht erledigte Haushalt wie folgt: Der Etat schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 6 Milliarden ab.

Der ordentliche Haushalt der **allgemeinen Reichsverwaltung** weist 5,3 Milliarden an Einnahmen auf. Ihnen stehen Ausgaben von 5,1 Milliarden gegenüber, und zwar 4,9 Milliarden an fortdauernden und 250 Millionen an einmaligen Ausgaben, sodaß sich ein Ueberschuß von 181 Millionen ergibt.

Der außerordentliche Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung zeigt einen Ausgabenbedarf von 664,6 Millionen, der gedeckt wird durch Einnahmen in Höhe von 252,5 Millionen Mark, durch einen Zuschuß von 64 Millionen aus dem Ueberschuß des ordentlichen Haushaltes und dem Anleihebetrag von 348 Millionen, gegenüber dem bisherigen Anschlag auf 469,7 Millionen. Da dieser Ersparnis von 121,6 Millionen ein Mehrbedarf von 53,3 Millionen gegenübersteht, so verringert sich die Abschlußziffer des außerordentlichen Haushaltes tatsächlich nur um 68,4 Millionen, von 733 auf 664,6 Millionen.

Der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages weist, abgesehen von der aus der Jahresleistung zu bestreitenden Reparationslasten, eine Gesamtausgabe von 466,5 Millionen gegen bisher 641,5 Millionen auf. Durch Einnahmen gedeckt sind 465 Millionen, gegen bisher 640 Millionen.

Für das Rechnungsjahr 1924 ist demnach das Gleichgewicht im Reichshaushalt noch nicht hergestellt. Es ist aber zu hoffen, daß dieser Fehlbetrag eine beträchtliche Verringerung erfahren wird. Jedenfalls weisen die Einnahmen des Reiches bis Mitte November einen Ueberschuß auf und es kann wie der Berichterstatter des Reichsrates ausführte, gehofft werden, daß die Einnahmen trotz der Herabsetzung der Steuerlasten den Fehlbetrag zum größten Teil beseitigen werden.

WTB Berlin, 22. Nov. Aus dem Nachtragsetat zum Reichshaushalt für das Jahr 1924 ist im einzelnen noch zu erwähnen, daß die Dienstaufwandsgelder des Reichskanzlers und der Reichsminister erhöht werden sollen, ferner daß durch einmalige Ausgaben u. a. Zuschüsse gefordert werden, zu den Kosten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, für Zwecke studentischer Wirtschaftshilfe, für Notstandsbeihilfen, im Bau- und Siedlungswesen, für Beteiligung des Reiches an der Reichsnecker-Aktiengesellschaft und der Rhein—Main—Donau—Aktiengesellschaft, für Fortsetzung von Kanalbauarbeiten und für Erweiterung der Beteiligung an der Kraftverkehrs-Gesellschaft. Der Berichterstatter des Reichsrates hob hervor, daß in Zukunft infolge der Reparationslasten nach dem Dawesplan 1247 Millionen Mark, zur Bestreitung der allgemeinen Reichsausgaben aufgebracht werden müssen.

Handelsvertragsverhandlungen.

Wiederaufnahme der deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen.

WTB London, 24. Nov. Die Verhandlungen über den deutsch-englischen Handelsvertrag haben 10,15 Uhr vormittags im Handelsamt begonnen.

Eröffnung der deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen.

WTB Berlin, 24. Nov. Die deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen haben heute im Auswärtigen Amt ihren Anfang genommen. Die Leitung der Verhandlungen hat auf japanischer Seite der hiesige japanische Botschafter Honda, unterstützt von dem japanischen Geschäftsträger im Haag, Botschaftssekretär Ito, auf deutscher Seite der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Knipping. Beide Leiter wiesen in ihren Eröffnungsansprachen darauf hin, daß diese Verhandlungen die Grundlage für die Wiederherstellung normaler und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern schaffen werden. Es bestand vollkommene Uebereinstimmung darin, daß der alte deutsch-japanische Handelsvertrag von 1911 die geeignete Basis für die Verhandlungen gebe.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

die inzwischen in Paris von dem Führer der deutschen Delegation, dem mit neuen Instruktionen nach den Beschlüssen des Reichskabinetts versehenen Staatssekretär Trendelenburg wieder aufgenommen worden sind, stehen unter einem allgemein günstigen Zeichen. Die Reichsregierung hat erklären lassen, **daß sie unbedingt daran festhalte**, daß weder Frankreich noch England irgendwie ein Recht zur Erhebung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe habe. Gegen die weitere Ausübung dieses von der Gegenseite behaupteten „Rechtes" ist Einspruch und Protest eingelegt worden. Dagegen hat die Reichsregierung sich damit einverstanden erklärt, daß die augenblicklichen Wirtschaftsverhandlungen auch weitergeführt werden, ohne daß über diese Fragen eine volle Klärung herbeigeführt ist. Das auf Grund der Londoner Vereinbarungen geschaffene Transfer-Comitee ist zur Entscheidung über diese Angelegenheit angerufen worden.

Auf dieser Basis werden nunmehr die Verhandlungen weitergeführt, wobei es sich in der Hauptsache um die freilich sehr schwierigen technischen Einzelheiten handelt. Unter diesem Problem stehen die Sachlieferungen mit an erster Stelle und die Art ihrer Ausführung, während einen mehr politischen Einschlag die Frage der weiteren Zollfreiheit für die aus Elsaß-Lothringen ausgeführten Waren hat. Es ist bemerkenswert, daß England mit dem ja zu gleicher Zeit Handelsvertragsverhandlungen von deutscher Seite stattfinden, über den Gang der Wirtschaftsverhandlungen in Paris jederzeit unterrichtet sein will.

Die deutsche überseeische Auswanderung im III. Vierteljahr 1924.

Im Juli 1924 wanderten 1873, im August 4955, im September 4727 Deutsche über deutsche und fremde Häfen nach Uebersee aus. Das sind insgesamt im III. Vierteljahr 11 555 Personen, gegen 12 103 Personen im zweiten und 18 137 Personen im ersten Vierteljahr 1924. Die Zunahme im August und September gegenüber Juli 1924 bringt deutlich zum Ausdruck, daß die Auswanderungsbewegung nach den Vereinigten Staaten von Amerika wieder eingesetzt hat, nachdem die Einwanderung dorthin nach Maßgabe der neuen Einwanderungsquote seit Mitte Juli wieder freigegeben wurde. Da aber die diesjährige amerikanische Einwanderungsquote auf 10 gleich große Monatsraten verteilt ist, konnte der Wanderungsstrom nicht wieder mit jener Stärke wie zu Beginn des letzten amerikanischen Rechnungsjahres (1. Juli 1923) einsetzen; im Juli 1923 wanderten 9786 Personen und im August 9933 aus dem Deutschen Reiche aus.

Gestohlene Goldbarren.

WTB London, 24. Nov. Nach einer Blättermeldung sind die von Südafrika nach London bestimmten Goldsendungen in Barren im Werte von 10 Millionen Pfund gestohlen und durch Bleibarren ersetzt worden.

Gesunkenes Kanonenboot.

WTB Berlin, 22. Nov. Das estnische Kanonenboot „Meeme" wurde nach einer Meldung des Lokalanzeigers beim Absuchen eines Minenfeldes von einer Mine berührt, die explodierte. Das Kanonenboot wurde zum Sinken gebracht. Von der Besatzung wurden zwei Mann getötet und 5 verletzt.

Eine deutsche Himalajaexpedition.



Hauptmann a. D. Philipp Pallator von Peißer in Berlin-Charlottenburg beabsichtigt im Februar 1925 eine Expedition in das Himalajagebirge, um den mißglückten Versuch des Generals Bruce mit mehr Erfolg zu wiederholen.

Die Begrüßung Dr. Eckeners bei seiner Rückkehr.

WTB Berlin, 24. Nov. Zur Begrüßung des aus Amerika zurückkommenden Führers des Z. R. 3., Dr. Eckener, waren am Sonntagvormittag Vertreter des Reiches, des Staates, der Presse und der Wissenschaft, dem Dampfer Kolumbus bis zum Leuchtturm „Roter Sand" entgegengefahren. Der Dampfer hatte sich bei der Ueberfahrt infolge heftigen Schneesturmes und starken Nebels verspätet. Im Rauchsalon des Schiffes fanden

große Ovationen für Dr. Eckener

statt. Zunächst begrüßte der Vizepräsident des Aufsichtsrates des Norddeutschen Lloyds, Hoffmann, Dr. Eckener, Staatssekretär Krohne begrüßte ihn im Namen des Reichspräsidenten. Er sagte in seiner Rede u. a., Zeppelins Hochgedanke sei jetzt zur Wirklichkeit geworden. Die neue Form der Anwendung der Luftschiffe, **die zum**

völkerverbindenden Verkehr

geführt habe, habe bei dem Stammesverwandten amerikanischen Volke starken Eindruck gemacht. Er hoffe fest, daß es gelingen wird,

die deutsche Luftschiffahrt von den drohenden Fesseln

zu befreien, und die Wiege des Z. R. 3 Deutschland zu erhalten. Nachdem Senator Toemers im Namen Bremens, und der württembergische Finanzminister Dehlinger Dr. Eckener willkommen geheißen hatten, dankte Dr. Eckener für die ihm erwiesenen Ehrungen. Ein Dr. Eckener entgegengesandter Vertreter des Hamburger Fremdenblattes meldet, daß ihm Eckener und Kapitänleutnant von Schiller einige

bisher noch unbekannte Einzelheiten über ihre Ankunft

in Newyork als bezeichnend für die Bewunderung und Begeisterung erzählten. Bei der Einfahrt in den Hudson gab die amerikanische Küstenbatterie vor der deutschen Handelsflagge einen **Salut von neun Schüssen** ab, eine Ehrung, die sonst nur Kriegsschiffen erwiesen wird. Eines der größten englischen Passagierschiffe, das in Newyork lag, **hißte beim Passieren des Luftschiffes die große Toppflagge.** Als Dr. Eckener im Auto von Lake Hurst nach Newyork fuhr wurde der ungeheure Verkehr bei seiner **Fahrt durch die Straßen Newyorks** stillgelegt. Die Besatzung wurde mit Geschenken überhäuft.

Eckener und von Schiller erhielten Autos,

die sich an Bord des „Columbus" befinden. Dr. Eckener wird in der nächsten Woche in Berlin im Reichsverband der deutschen Presse über die Brauchbarkeit der Luftschiffe als überseeisches Verkehrsmittel sprechen.

Abberufung des französischen Gesandten in München.

WTB Paris, 23. Nov. Der französische Gesandte in München, Dard, ist von seinem Posten abberufen worden. Er geht als Gesandter nach Sofia. Mit der provisorischen Verwaltung der Geschäfte in München ist der Botschaftsrat Lefevre d-Ormesson betraut worden.

„Wir müssen auch einmal den Mut haben, nein zu sagen!"

So sprach in den Wahltagen vor dem 4. Mai der Reichstagsabgeordnete **Dr. Mumm** in Olpe, und der eine oder andere Sauerländer mag wegen dieses „Manneswortes" Deutschnational gewählt haben. — Am 29. August **handelte** Dr. Mumm **anders**; er sagte „ja", genau so wie das Zentrum. **Das Zentrum hatte allerdings stets den Mut, so zu handeln, wie es versprochen hatte.** Die Zentrumspolitik ist kein Zickzackkurs, sondern eine geradlinige Politik der Mitte!

Die Reichsratsausschüsse stimmen der Auszahlung der erhöhten Beamtengehälter zu.

WTB Berlin, 24. Nov. Die Reichsratsausschüsse haben heute vormittag der Auszahlung der vom Reichsfinanzministerium bewilligten Gehaltserhöhungen für die Beamten zugestimmt. Von Seiten der Länder waren verschiedene Anregungen zu Gunsten der unteren Beamten gemacht worden. **Mit** Rücksicht auf die starken Rückwirkungen der Gehaltserhöhungen auf die Reichseisenbahn und die Privatwirtschaft wurden diese Anregungen zurückgestellt.

Die Jugend will

katholisch sein! Katholisch im Denken und **Handeln!** Die katholische Jugend ist stolz auf ihre **heilige** katholische Kirche! Ihr hat sie am Weißen Sonntag den Treueid geleistet. **Sie will ihn halten!**

Deshalb **wählt** die katholische Jugend die **Partei**, die aus der **katholischen Weltanschauung** heraus Stellung nimmt zu den Fragen der Jugenderziehung zur Frage der Aufrechterhaltung der konfessionellen Schule, zur Erhaltung eines christlichen Familienlebens, zur Rettung der christlichen Staats- und **Gesellschaftsordnung. Diese Partei ist die deutsche Zentrumspartei.**

Die katholische Jugend will **jung und frei sein.** In ihren Kreisen sollen keine Leute sein, die mit **20** Jahren schon Greise, blasierte Menschen, Gecken sind. Sie will **geistig und sittlich gesund und frei sein: demütig und stark, klar und wahr wie ein Bergwasser.** Sie steht zum Staats- und Volksganzen und will als dienendes Glied dem Ganzen dienen. **Das will die katholische Jugend auch in der Teilnahme an der** Wahl beweisen. Sie wählt die Partei, die den heutigen Staat gerettet, die Grundlagen für den **Wiederaufbau** gelegt und eine ruhige und sachgemäße **Außenpolitik** geführt hat.

Diese Partei ist die deutsche Zentrumspartei.

Die katholischen Jungmänner wollen **Männer** werden, reife, **starke, gesunde Männer!** Wir wissen, daß Deutschland nur gerettet werden kann, **wenn der** Sittenverderbnis und den völkervernichtenden Seuchen Einhalt getan wird. Deshalb wollen wir Männer werden, die den christlichen Hort, die **Familie, Frauenehre und Frauenglück schützen.** Wir wollen Männer werden, die zu jedem Opfer bereit sind, **für Heimat, Volk und Staat.** Wir halten zu dem **demokratischen Volksstaat; wir lieben in ihm unser Heimat- und Vaterland.** Wir sehen in der **Zentrumspartei den politischen Träger** dieses Staates und **stehen** daher in Treue fest, bewußt und gewollt zu ihr.

Möge darum alten Zentrumsveteranen die Fahne aus den Händen fallen; **wir Jungzentrumsmänner nehmen sie auf** und tragen sie in Sturm und **Drang** der Partei freudig und siegesbewußt voran.

Darum Parteifreunde! Vertrauet der **Jugend!** Ein neuer Geist strömt durch unsere Reihen! **Wir** sind da und kämpfen unter der alten Parole des Zentrums für

Wahrheit,
Freiheit und
Recht!

Hoch das Zentrum!

Mitnahme von Bargeld bei Auslandsreisen.

WTB Berlin, 24. Nov. (Drahtb.) Durch die Bestimmungen der neuen Devisengesetzgebung über die persönliche Mitnahme von Zahlungsmitteln nach dem Auslande im Reiseverkehr ist nur insofern eine Aenderung eingetreten, als die hierfür freigegebenen Beträge von 500 G.-M. wieder in voller Höhe in ausländischen Zahlungsmitteln (ausgenommen Metallgeld) mitgenommen werden können. Für höhere Beträge bedarf es nach geltendem Recht noch der Genehmigung des zuständigen Finanzamtes.

Michel Ehrlichs Wahlzeiterlebnisse.

(Ein „politischer Roman".)

Im Jahre 1924 lebte in einer schönen rheinischen Stadt der brave Michel Ehrlich, ein biederer deutscher Staatsbürger. Er hatte am 4. Mai deutschnational gewählt und eifrig die Politik aus den Zeitungen der Rechten verfolgt. Herr Ehrlich schlug am 11. November 1924 die Kreuzzeitung auf und fand darin in einem Artikel des Herrn Präsidenten a. D. von Glasenapp die folgenden Sätze:

„Aber wir haben im Wahlkampfe noch einen anderen gefährlicheren Gegner: Die Zersplitterung im eigenen Lager. Die sprichwörtliche deutsche Uneinigkeit und Zersplitterung, die uns soviel Unglück gebracht hat, ist im letzten Grunde auf unseren Mangel an **politischem Instinkt** zurückzuführen."

Das gab Herrn Ehrlich Anlaß, einmal darüber nachzudenken, warum er eigentlich deutschnational sei und ob er es auch in Zukunft noch bleiben könne. Daß Uneinigkeit in den eigenen Reihen Mangel an politischem Instinkt beweise, schien auch ihm richtig zu sein. Und als nun weiter über die Zwiespältigkeit und Uneinigkeit in seiner Partei nachdachte, da kam er zu dem Eindruck, daß dieser Mangel allerdings im Lager der Rechten sehr bedenklichen Umfang angenommen habe. Dem braven Michel ging noch einmal all das durch den Kopf, was er in den letzten Monaten in seinen Parteiblättern gelesen und in seinen Parteiversammlungen gehört hatte und es wollte ihm scheinen, daß an Stelle des politischen Instinkts bei weiten Kreisen der Rechten nur mehr ein leerer Raum festzustellen sei.

Er griff noch einmal in den von ihm liegenden Stoß Zeitungen und las in der Deutschen Zeitung vom 9. November einen Artikel mit der Ueberschrift

„Die Verwirrung im deutsch-nationalen Lager."

Der Artikel gab Zuschriften aus dem deutschnationalen Leserkreis des Blattes wieder, von denen z. B. eine sich über die Aufstellung der deutschnationalen Kandidaten in **Kurhessen beschwerte und ausführte: „Die** Kandidatenaufstellung **ist schlimmer ausgefallen**, als der schwärzeste Pessimist es sich denken konnte . . . Was die vielen völkischen Männer und Frauen Kurhessens, die bisher deutschnational wählten, nunmehr tun werden, steht noch dahin. Die deutsch-nationale Partei kommt hierzulande nicht mehr für sie in Frage. Aus Hannover wurde im gleichen Abschnitt berichtet: „Nach dem vollständigen Versagen der Parteileitung und der so bedauerlich großen Zahl von Fraktionsmitgliedern der Deutschnationalen (Jasager) am 29. August war bei uns die vorherrschende Stimmung, der Partei, die uns nach so großen Versprechungen der Wahl diese Enttäuschung bereitet hatte, den Rücken zu kehren." Den neuen Wahlversprechungen der Partei stand die Zuschrift sehr skeptisch gegenüber und befürchtete, „daß die Reformation der Partei an Haupt und Gliedern nur eine leere Verlegenheitsgeste sei."

Nun wurde Herr Ehrlich doch etwas verwirrt und schlug noch in den früheren Nummern der Deutschen Zeitung nach. Da fand er folgende Stelle in der Nummer vom 4. November:

„Das ist es doch gerade, was der einfache Mann nicht versteht, daß die Leute, die ihn politisch führen und erziehen wollen, selbst vielfach das Beispiel der Direktions- und Disziplinlosigkeit geben."

Und an anderer Stelle schrieb dasselbe Blatt, „daß der Entschluß gefaßt werden müsse, einen Schlußstrich zu machen unter die bisherigen Jammerseligkeiten und politischen Unehrlichkeiten". (Wohl gemerkt, der Deutschnationalen, nicht der Regierung.)

Darauf sann der brave Herr Ehrlich noch einmal darüber nach, was ihm alles vor dem 4. Mai von deutschnationaler Seite in Reden und Zeitungen und Flugblättern an Versprechungen gegeben worden war und es schien ihm, daß die Deutsche Zeitung recht habe.

Als Herr Michel Ehrlich eine Stunde darauf an der nächsten Haltestelle ein paar Minuten auf die Elektrische warten mußte, wurde ihm ein schwarz-weiß-rotes Flugblatt mit einem Hakenkreuz in die Hand gedrückt. Das Flugblatt forderte die deutschnationalen Leser auf, sich abzuwenden von der Partei, die am 29. August die deutschen Belange verraten habe. Die Deutschnationale Volkspartei sei garnichts anderes, als die „Partei der Judenabhängigkeit, des Umfalls, die Partei des Volksverrats und des kläglichsten Wahlbetrugs."

Da wurde Herr Ehrlich recht traurig, denn er wußte nicht, was er dagegen einwenden sollte, er erinnerte sich aber, daß er in seiner Nummer noch eine Nummer des Deutschen Aar, Kampfblatt der Nationalsozialisten Deutschlands, stecken habe. Die schlug er nun auf und stieß gleich auf einen großen Artikel mit der Ueberschrift: **„Der Dolchstoß 1918 von den Marxisten und der Dolchstoß 1924 von den Deutschnationalen als größter Triumph des weltbeherrschenden internationalen Geldjudentums."**

„Es ist", so hieß es da, „eine furchtbare Ironie des bisherigen deutschen Schicksals, zu welchem allein nur das Judentum unter satanischem Lächeln mit den Augen sich gegenseitig zublinzeln wird, daß ausgerechnet diejenige Partei in Deutschland, welche mit einer solchen Schärfe und Beharrlichkeit den verbrecherischen Dolchstoß der jüdischgeleiteten Sozialdemokratie in den Rücken des deutschen Volkes seit dem 9. November 1918 brandmarkte, daß ausgerechnet dieselbe Partei den zweiten Dolchstoß in den Rücken des Volkes für das internationale Judentum führen mußte, um diesem zu den nächsten Etappen seines siegreichen Aufstiegs durch die Annahme des berüchtigten jüdischen Dawesplanes zu verhelfen. . . So gehört wirklich nur eine bodenlose jüdische Frechheit dazu vor das Volk wieder hinzutreten mit dem Versuch ein solches Verbrechen zu beschönigen in der kühnen Hoffnung, daß es heruntergeschluckt werde.

O, nein, deutschnationale Volksverräterpartei! Die Sozialdemokratie hat ihren schwarzen Tag, aber Du hast den noch schwärzeren Tag!!! . . . Es erübrigt sich, noch besonders darauf hinzuweisen, daß die deutschnationale Volkspartei nach ihrem Selbstverrat an die jüdische Hochfinanz durch den Dawesplan für unsere streng völkisch-sozialen Forderungen noch irgendwie als ehrlicher Mitkämpfer in Frage kommen kann.

Als Michel Ehrlich das gelesen, stand es für ihn fest, daß er sich weiter nach rechts orientieren müsse und er faßte den Entschluß, sich einmal in den rechtsradikalen Parteien mehr umzusehen.

(Fortsetzung folgt.)

Ein wertvolles Vermächtnis.

Der hochselige Bischof Dr. **Korum** von Trier, ein Priester nach dem Herzen Gottes und ein aufrechter deutscher Mann, der weit über seine Diözese und die Kreise seiner Glaubensgenossen hinaus sich größten Ansehens und allgemeiner Wertschätzung erfreute, äußerte sich einige Tage vor der Wahl im Februar 1921 einem Politiker gegenüber **folgendermaßen:**

„Ich verstehe nicht, was die Kritiker der Zentrumspartei eigentlich wollen. Dem Zentrum verdanken wir es, daß das deutsche Volk wieder ein Dach (die Verfassung) über sich hat. Der Verputz des Hauses kommt naturgemäß später. Und wenn die Zentrumspartei auch nicht alles erreichen konnte, was wir wünschen, so ist das selbstverständlich. Gewiß haben wir das Recht, Kritik an dieser oder jener Maßnahme der Partei zu üben: das darf aber nicht so erfolgen, daß man als Gegner der Partei auftritt oder wirkt. Ich — die folgenden Worte sprach der Bischof mit besonderem Nachdruck — werde mich mit meinen Krücken an die Wahlurne schleppen, damit meine Stimme nicht für die Partei verloren geht; denn ich würde es sehr bedauern, wenn auch nur eine Stimme für die Partei verloren ginge, die allein uns retten kann und bei der allein die Angelegenheiten unserer Kirche in sicherer Hut sich befinden. Nichts Schlimmeres könnte übrigens unserer katholischen Sache passieren, als wenn wir Katholiken in der gegenwärtigen Situation uneinig würden."

Bischof Korum, der kurz vorher einen schweren Unfall erlitten hatte, ließ sich dann auch am Wahltage trotz seiner achtzig Jahre zum Wahllokal tragen und ließ sich öffentlich den Stimmzettel der Zentrumspartei vom Austeiler reichen.

Wer dürfte da am Wahltage noch zu Hause bleiben?

England und Aegypten.

Zur teilweisen Annahme der englischen Forderungen an Aegypten.

WTB London, 24. Nov. Nach einer Reutermeldung hat Zaglul Pascha der Kammer vorgeschlagen die Forderung auf Zahlung von einhalb Million Pfund, ebenso die Forderung auf Verhaftung und Bestrafung der Verbrecher, anzunehmen, die anderen aber abzulehnen. Die Kammer hat dieser Entscheidung zugestimmt und das Vertrauensvotum angenommen. — In Kairo sind bisher zwei Personen verhaftet worden, die der Teilnahme an der Ermordung des Sirdars verdächtig erscheinen. — In Alexandria kam es heute wieder zu engländerfeindlichen Studentenkundgebungen, worauf britische Truppen einen Umzug durch die Stadt veranstalteten. — Aus Gibraltar wird gemeldet, daß ein Bataillon Infanterie den Befehl erhielt, sich am 29. November nach Aegypten einzuschiffen.

Die ägyptische Antwort auf die britische Note.

WTB London, 23. Nov. (Reuter.) Die ägyptische Antwort auf die britische Note ist in höflicher Form abgefaßt. Sie stimmt den Forderungen betreffend Entschuldigung, Bestrafung der Verbrecher und Entschädigung von einhalb Millionen Pfund zu, und verspricht, jede Störung des Friedens durch Kundgebungen zu verhindern.

Zum Zwischenfall in Aegypten.

WTB Kairo, 23. Nov. Der Oberkommissar Lord Allenby hat Zaglul Pascha auf seine Note sofort geantwortet, daß als Folge der Ablehnung der Forderungen 5 und 6 Instruktionen an die Regierung des Sudans gesandt würden, um die Zurückziehung der ägyptischen Offiziere und Truppen aus dem Sudan zu bewirken, wobei hinzugefügt wird, daß es der Regierung des Sudans freisteht, das zu bewässernde Gebiet bei Gezira in unbegrenzter Ausdehnung zu erweitern. Zaglul wird später über die Schritte unterrichtet werden, die Großbritannien wegen der Ablehnung der Forderung 7, betreffend den Schutz der auswärtigen Interessen unternehme. Die Bezahlung der Buße von einhalb Millionen Pfund werde morgen mittag verlangt.

Das ägyptische Kabinett zurückgetreten.

WTB London, 24. Nov. Nach einer Reutermeldung aus Kairo hat das Kabinett demissioniert. Der König hat die Demission angenommen und den Senatspräsidenten Edwar Pascha mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut.

Die Antwort der ägyptischen Regierung auf die beiden britischen Noten.

WTB London, 24. Nov. Daily Mail meldet aus Kairo, die Antwort der ägyptischen Regierung auf die beiden britischen Noten gebe zunächst dem Abscheu vor dem schändlichen Verbrechen Ausdruck und erkläre, daß die ägyptische Regierung in keiner Weise dafür verantwortlich sei. Die einzige Verantwortung, die die ägyptische Regierung anerkenne, betreffe die Verhaftung und Bestrafung der Verbrecher. Um das tiefe Bedauern des Landes zu zeigen und der britischen Regierung Genüge zu tun, sei sie zu einer Entschuldigung und zur Zahlung der geforderten 500 000 Pfund Sterling bereit. Sie sei ferner bereit, Volkskundgebungen zu vermeiden. Die ägyptische Regierung sei aber der Ansicht, daß die bezüglich der ägyptischen Armee im Sudan vorgeschlagene Vereinbarung in vollem Widerspruch mit der ägyptischen Verfassung stehe, nach der König Fuad der oberste Chef des Heeres sei und allein das Recht habe Offiziere zu entlassen. Die Regierung sei der Ansicht, daß die Frage der Stellung auswärtiger Beamter bereits durch diplomatische Uebereinkommen geregelt sei, welche nicht ohne Beteiligung des Parlamentes abgeändert werden könnten. Was den Schutz der fremden Interessen angehe, so habe die ägyptische Regierung stets die loyalste Politik verfolgt, die mit dem Grundsatz der Unabhängigkeit vereinbar sei. Aber abgesehen davon habe bisher keine andere Macht irgendwelche Ausstellungen gemacht.

•

In einem längeren offiziösen Kommentar zur britischen Note an Aegypten bemerkt Reuter u. a.: „Im ganzen könne man sagen, daß Fuad die Fähigkeiten Aegyptens, sich selbst zu regieren, zu optimistisch beurteilt habe. England sei daher gezwungen, die bekanntgegebenen Schritte zu unternehmen. Diese bedeuteten keine Abänderung der Erklärung vom Jahre 1922 oder des Abkommens von 1899.

Es sei bedauerlich, daß eine solche Aktion nötig geworden sei. Sie erfolge aber im Interesse der Ausländer, der Engländer und Sudanesen.

Die Zahlung der ägyptischen Geldbuße von einer halben Million Pfund Sterling geleistet.

WTB Kairo, 24. Nov. Die Zahlung der Entschädigungssumme von einer halben Million Pfund Sterling durch die ägyptische Regierung ist heute vormittag dreiviertel12 Uhr erfolgt. Gleichzeitig wurde eine Protestnote überreicht, die sich gegen die Zurückziehung der ägyptischen Truppen aus dem Sudangebiet und gegen die Forderung des Aufgebens allen Widerstandes hinsichtlich der Wünsche der englischen Regierung in der Frage des Schutzes der fremden Interessen in Aegypten wendet. Diese Forderungen werden als ungerechtfertigt bezeichnet. Da die Forderungen nicht angenommen worden sind, haben die britischen Truppen Befehl erhalten, die Zollgebäude in Alexandria zu besetzen.

Die Verwendung der von Aegypten geforderten halben Million Pfund Sterling.

WTB London, 24. Nov. Die Regierung hat beschlossen, die von Aegypten geforderte Geldbuße von einer halben Million Pfund Sterling nach Entschädigung der Opfer zu Wohltätigkeitszwecken im Sudan zu verwenden.

Demonstration britischer Truppen und Marinesoldaten in Alexandria.

WTB Kairo, 24. Nov Reuter. Britische Truppen und 500 Matrosen des Schlachtschiffes „Valliant" werden morgen in Alexandria eine Demonstration unternehmen.

WTB London, 24. Nov. (Drahtb.) Die Schlachtschiffe Iron Duke und Malaya haben Befehl erhalten, sich von Malta und Alexandria nach Port Said zu begeben. Der leichte Kreuzer Caradoc, der sich in den britischen Gewässern befindet, und zwei Zerstörer sind nach Suez entsandt worden.

Alter Kurs in Oesterreich.

:: **Berlin**, 24. Nov.

Der Wechsel in der österreichischen Regierung bedeutet keinen Kurswechsel in der österreichischen Politik. Mit aller Klarheit und mit allem Nachdruck ist das nicht durch die Erklärung unterstrichen worden, die jetzt der neue österreichische Bundeskanzler Dr. Ramek im Parlament abgab, sondern auch der zurückgetretene Bundeskanzler Dr. Seipel hat sich in diesem Sinn geäußert. Daß eine Aenderung in den leitenden Personen eintrat, konnte unter diesen Umständen überraschen, wenn man nicht wüßte, wie stark die Kräfte waren, die sich in Oesterreich gegen das Sanierungswerk Dr. Seipels wandten. An diesem freilich hielt Dr. Seipel mit aller Zähigkeit fest, und nachdem er den Eindruck gewinnen mußte, daß weitere Schichten der Bevölkerung, größere Gruppen aber auch des Parlaments die Dinge wieder auf die leichtere Schulter nahmen, als dazu noch der jüngste Eisenbahnerstreik kam und alle die Versuche Seipels, seine Sanierungsaktion auch weiterhin kraftvoll zu verankern, nicht allgemeine Zustimmung fanden, da hielt er es für geboten, sich zurückzuziehen u. anderen die Verantwortung zu überlassen. Das soll ja nicht heißen, daß nun die bisherige Sparpolitik Seipels nicht ihre Fortsetzung erfahre, wohl aber glauben offenbar einige Kreise, daß mit anderen Mitteln der gleiche Zweck erreicht werden könnte. Jedenfalls ist Vorsorge getroffen, daß an der Stabilität der österreichischen Krone nicht gerüttelt wird. Auch die neue Regierung wird ihre Politik so führen müssen, daß Gefahren für die österreichische Währung nicht aus den Auswirkungen der verschiedenen Maßnahmen entstehen können.

Der bisherige Bundeskanzler Dr. Seipel konnte sich umso mehr mit der jetzigen Lösung zufrieden geben, als ja die großen Linien seiner eigenen Politik auch weiterhin innegehalten werden. Dafür ist die ganze wirtschaftliche und politische Stellung Oesterreichs durch Seipels Wirksamkeit viel zu stark geworden, als daß es noch gelingen könnte, ohne eine förmliche Katastrophe über dieses Land hervorzurufen, von diesem Fundament abzuweichen. Seipels Idee war immer die der Zusammenfassung aller positiven Kräfte durch Zusammenarbeit an einer positiven Aufgabe. Die österreichischen Sozialdemokraten haben ihm die Erreichung dieses Zieles immer wieder außerordentlich schwer gemacht. Ob sie sich zu der neuen Regierung freundlicher stellen, ob sie nun endlich davon absehen werden, gerade den Maßnahmen die zur Bekämpfung der Inflation notwendig waren, sich zu widersetzen, werden ja die nächsten Wochen lehren müssen.

Die Politik Seipels umschloß nicht nur eine Sanierung der Wirtschaft, sondern auch eine Sanierung der Geister. Dieses Ziel, würdig des Einsatzes der besten Kräfte, soll auch von der neuen Regierung unverändert verfolgt werden. Dazu gehört, daß die von der Seipel-Regierung gegenüber Deutschland eingenommene Haltung auch weiterhin beibehalten wird. Dafür bürgt schon der neue Außenminister Mataja, der die besten Beziehungen zu den politischen und regierenden Stellen des deutschen Reiches seit jeher, schon seit seiner Tätigkeit als Nationalrat unterhalten hat.

•

(Wir freuen uns besonders, feststellen zu können, daß Dr. Mataja schon seit langem zu den Mitarbeitern unserer Zeitung in außenpolitischen Fragen gehört.)

Eine Rede Mussolinis in der italienischen Kammer.

Er erhält ein glänzendes Vertrauensvotum.

WTB Rom, 23. Nov. (Stefani). Gegen Schluß der Beratungen des Budgets des Ministeriums des Innern in der Kammer hielt Mussolini eine Rede, in der er ausführte, die Hierarchie des Faszismus stehe nicht über der des Staates. Ich habe hartnäckig daran gearbeitet, die Bereiche des Staates und der Partei klar von einander zu trennen. Denn die Partei ist ein Teil der Nation und die Regierung soll die gesamte Nation leiten. Auf die von dem früheren Ministerpräsidenten Orlando geübte Kritik erwiderte Mussolini, er werde keine weiteren Gesetze erlassen und alle Fragen der Prüfung durch die gesetzgebenden Körperschaften unterbreiten. Hinsichtlich der Frage der Verfassungsreform betonte Mussolini, die Regierung wolle nicht an das in der Verfassung tasten, was eine unveränderliche Errungenschaft darstelle. Mussolini betonte, daß es unmöglich sei, ohne den Faszismus zu regieren. Er wies darauf hin, daß er eine strenge Weisung habe ergehen lassen, alle Urheber ungesetzlicher Handlungen festzunehmen. Er fügte hinzu: Ich bin glücklich, festzustellen, daß sich der Faszismus vollkommen von der Notwendigkeit Rechenschaft gibt, die disziplinierteste Partei des Landes und die gesetzesgetreueste zu sein. Wir wollen unserem bewunderungswürdigen Vaterlande den Frieden, dessen Muskeln und dessen Geist immer stärker werden und der von Norden bis Süden allmählig zu einer großen einträchtigen Form wird gegen. Die Abgeordneten brachten Mussolini immer wieder sich erneuernden Beifall dar. Die Kammer nahm eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, mit 337 gegen 17 Stimmen, bei 18 Enthaltungen.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

!—! **Olpe**, 25. Nov. **Neubau eines Postamtes.** Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist im nächsten Jahre der Neubau eines Postamtes mit Wohnung für den Postamtsvorsteher beabsichtigt, da der bisherige Bau schon seit langem unzureichend ist. Dem Vernehmen nach kommt als Baugelände der Platz gegenüber der Degenhard'schen Blumenhandlung in Frage.

!! **Olpe**, 25. Nov. **Fahrplanänderung ab 30. November.** Vom 30. November d. Js. ab wird der Personenzug 1387 (Betzdorf ab 3,37, Olpe ab 5,10; Finnentrop an 6,01 nachm.); durchweg einehalbe Stunde früher gelegt. (Olpe ab 4,40; Finnentrop an 5,31 nachm.) Der Zug erhält die Nummer 1411 und fährt ab Finnentrop in seinem jetzigen Plane nach Meschede weiter. Durch die Früherlegung erhält der Zug in Finnentrop, außerdem direkten Anschluß an den Personenzug 1250 (Finnentrop ab 5,35 nachm.) nach Siegen.

!—! **Olpe**, 25. Nov. **Ein reger Schaufensterwettbewerb** ist gegenwärtig in unserer Stadt zu beobachten; rückt doch die Weihnachtszeit immer näher heran. Groß und klein werden durch die erheblich reichere Auswahl als in den vergangenen Jahren zum Verweilen angezogen. Auch die Spielwarenausstellung ist recht mannigfaltig und läßt die beschauenden Kinderaugen froh aufleuchten. Dabei manch lebhaften Wunsch wachrufend. Schade nur, daß Christkindleins Kaufkraft noch so schwach ist. Doch es wird sich in vielen Fällen sicherlich zu helfen wissen und manches der von den Kleinen begehrten Sächelchen selbsttätig herstellen können.

Sport.

DJK. Drolshagen 1. M. — Sportverein Meinerzhagen 4:0.

Genannte Fußballmannschaften standen sich am Sonntagnachmittag um einhalb2 Uhr gegenüber. Gleich zu Beginn setzte ein flottes Spiel ein. Vermöge ihrer guten Stürmer zeigten sich die Drolshagener den zurückweichenden Meinerzhagenern technisch überlegen. Bei Halbzeit stand das Spiel 2:0 für Drolshagen. Auch in der 2 Hälte wickelte sich das Spiel vor dem Tor des Gegners ab. Den trefflichen Stürmern der DJK. Drolshagen gelang es, abermals 2 Treffer zu erzielen. Der Schiedsrichter leitete das Spiel in korrekter Weise.

Provinzielles.

WTB Siegen, 24. Nov. **Eine Niederlage der Automobilfabrik Ford.** Die bekannte amerikanische Kraftwagenfabrik von Henry Ford in Detroit hat hier am Herrenplatz eine Automobilniederlage eingerichtet.

WTB Siegen, 24. Nov. **Anbringung einer Totengedenktafel.** Am Samstag sind hier an dem Eingang der Nikoleikirche die Totengedenktafeln mit den Namen der 700 im Kriege gefallenen Siegener mit einer kleinen Feierlichkeit angebracht worden.

WTB Vom Westerwald, 24. Nov. **Wiederaufleben der Bautätigkeit.** Daß die Baulust wieder aufzuleben beginnt, dafür ist der Westerwald ein gutes Beispiel. Viele Gebäude sind fertiggestellt worden, andere kommen bald unter Dach. Allein in dem Westerwalddorf Großmaischeid sind 14 Neubauten geplant.

WTB Köln, 24. Nov. Der Wasserstand des Rheines betrug gestern am hiesigen Pegel 2,06, heute 1,98 Meter.

M.-Gladbach, 23. Nov. **Wegen ausgedehnter Bandendiebstähle** standen 11 Personen aus Hemerden, Giesenkirchen, Butzheim, Köln und Knechtsteden, darunter zwei Frauen, vor dem hiesigen Gericht. Ihre Raubzüge dehnten sich aus über Grevenbroich, Hemerden, Kapellen und Rommerskirchen. Einen Teil veräußerte die Bande in Köln. Wegen der Gemeingefährlichkeit des Vorgehens der Bande, deren Mitgliedern bei den Raubzügen zum Teil mit Revolvern bewaffnet waren, erkannte das Gericht auf schwere Strafen von einem Jahr sechs Monaten. Nur zwei wurden freigesprochen und zwei zu vier und sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

M.-Gladbach, 23. Nov. **In der Zeit der Lebensmittelknappheit** im August 1923 bildete sich nach einer Versammlung im benachbarten Meersen ein Zug von mehreren hundert Menschen, die in der Nacht zum 12. August von Ort zu Ort und von Gehöft zu Gehöft zogen und die Landwirte zwangen, Lebensmittel, Weizen und Fleisch herauszugeben die nachher verteilt wurden. Mehrere Landwirte forderte man unter Drohungen auf, den Roggen auszudreschen und Vieh zu schlachten, um sie an einem bestimmten Tage abzuliefern. Wegen Teilnahme an diesem Vorgang standen jetzt, nachdem andere schon vorher abgeurteilt worden sind, drei Arbeiter und vier Frauen vor dem Strafrichter unter der Anklage des Landfriedensbruches. Da sie nachwiesen, daß die Menge sie zur Teilnahme gezwungen hatte, verhängte das Gericht milde Strafen von drei bis vier Monaten.

WTB Gladbach, 24. Nov. **Hohe Pacht für Land.** Zeichen des Landhungers in landwirtschaftlichen Kreisen gab eine Landverpachtung, die dieser Tage im benachbarten Niederheide stattfand und durchschnittlich 90 Mark Pacht pro Morgen leichten Sandbodens und über 100 Mark für schweren Boden pro Jahr erzielte. Für das gleiche Land wurden in der Vorkriegszeit 30-40 Mark bezahlt.

WTB Worms, 22. Nov. **Schwindlern in die Hände gefallen.** Vor einigen Tagen veranstalteten mehrere junge Burschen von Pfeddersheim auf Grund glaubhaft angefertigter Sammellisten für irgendeinen gemeinnützigen und wohltätigen Zweck dort eine Geldsammlung. Die Burschen hatten es darauf abgesehen, sich vergnügte Tage auf der Wormser Messe zu machen und lebten, da die Gelder reichlich flossen, flott in den Tag hinein. Schließlich fand man, daß man Schwindlern in die Hände gefallen war.

Wirtschaftliches.

Eine Ueberraschung.

In den letzten Tagen hat sich auf dem Devisenmarkt eine Ueberraschung vollzogen, die nachgerade wie eine Sensation wirkt. Nicht nur, daß ganz plötzlich die

holländische und die schweizer Valuta

auf **Goldparität** gekommen sind, also sehr stark die bisherige Alleinherrschaft des Dollars verdrängt haben, ist neuerdings das

englische Pfund noch über den Dollarstand gestiegen.

Und zwar hat sich diese Bewegung so ziemlich gleichzeitig auf fast allen ausländischen Märkten und nicht zuletzt an der Börse in Newyork selbst durchgesetzt. Nun ist es ja gewiß richtig, daß die bisherige, ziemlich lang andauernde Schwäche der englischen Valuta innerlich nicht begründet war. Es lag zum großen Teil viel auch daran, daß die englischen Kapitalien in ganz außerordentlich hohem Maße in letzter Zeit zur Bestreitung wirtschaftlicher und finanzieller Bedürfnisse der Länder über See herangezogen wurden. Auch die Außenhandelsbeziehungen Englands standen in der letzten Zeit unter ziemlich ungünstigen Zeichen, sodaß die Rückwirkungen auf die Valuta nicht ausbleiben konnten. Aber auch ein sehr starker politischer Gesichtspunkt spielte mit: Die Uebernahme der englischen Regierung durch die Arbeiterpartei hat doch in weiten englischen Finanz- und Industriekreisen gewisse Besorgnisse geweckt, die sich unter anderem auch dahin auswirkten, daß große englische Kapitalien nach Amerika verbracht wurden, und nun mit der Wiederkehr einer konservativen Regierung, die ja unter den besonderen englischen Verhältnissen fast ausschließlich industriell durchgesetzt ist, werden diese ausländischen Kapitalien wieder zurückgezogen, sodaß die englische Valuta eine ganz außerordentliche Stützung durch unmittelbare Deckung erfahren hat.

Man kennt den Wettbewerb zwischen dem englischen Pfund und dem amerikanischen Dollar, der ja ganz besonders markant seiner Zeit in die Erscheinung trat, als es sich um die Kreditierung der deutschen Goldanleihen handelte und die Basis damals in Pfundwährung gestellt wurde. Nachdem jetzt Amerika in sehr großem Maße Anleihen nach dem Auslande begibt, nachdem es auch den Hauptanteil der deutschen Reparationsanleihe übernommen hat, ist es ein ganz besonderes Streben der englischen Finanz, den Pfundkurs wieder zu verbessern. In der Tat gereicht ja die nunmehr ziemlich gehäuft auftretende Inanspruchnahme des amerikan. Geldmarktes für die Durchführung der Anleihetransaktionen auch zu einer Schwächung der Werbekraft des Dollars auf dem internationalen Geldmarkte. So ist es zu der gegenwärtigen Entwicklung gekommen, die nicht nur wirtschafts-, sondern auch allgemeinpolitisch von einer ganz außerordentlichen Bedeutung ist. Allerdings wird es dem englischen Pfund doch nicht auf die Dauer gelingen, können, die überherrschende Macht des Dollars zu brechen und diejenige Stellung für die englische Währung wieder zu erlangen, die England vor dem Kriege als Geldgeber für die Welt inne hatte. Diese Rolle ist für England endgültig vertan, nachdem im Kriege Amerika sich die ganze Welt zu Gläubigern machen konnte, weil England sich allein im Stande fühlte, den Kampf gegen Deutschland an der Seite Frankreichs zu bestehen.

Unveränderte Roheisenpreise.

WTB Essen, 24. Nov. Der Roheisenverband hat den Verkauf für den Monat Dezember zu unveränderten Preisen wieder aufgenommen. Lediglich für Süddeutschland, wo der Verband infolge der ausländischen Konkurrenz in letzter Zeit besonders niedrigere Ausnahmepreise einräumen mußte, wurde der Preis um 4 Reichsmark heraufgesetzt. Die Preise für das an die an der Elbe-Oder gelegene Umschlagstation lieferbare Roheisen wurde den gestiegenen Flußfrachten angepaßt.

Berliner Getreidebörse.

WTB Berlin, 24. Nov. Amtliche Produktennotierungen in Goldmark. Weizen: für 1000 Kg. in M. ab Stationen Märkischer 21,70—22,40 (fest).

Roggen Märkischer 21,20—21,50, (fest).

Gerste: Sommergerste 22—24,60, Wintergerste Futtergerste 19—20 (fester.)

Hafer: Märkischer 17—17,60, Pommerscher 15,90 bis 16,70. (fest).

Mais: Loco Berlin 20,60—20,80 (stetig).

Weizenmehl für 100 Kg. brutto einschl. Sack in M. frei Berlin. Feinste Marken über Notiz bezahlt. 29einhalb—52,00 (fest).

Roggenmehl 28,75—31,75 (fest).

Weizenkleie 13,50—13,70 (fest).

Roggenkleie 12,— (stetig).

WTB Elberfeld, 24. Nov. (Drahtb.) **Schlachtviehmarkt.** Auftrieb 966 Stück Großvieh, davon 372 Ochsen; 94 Bullen; 405 Färsen und Kühe, 50 Fresser; 2364 Schweine, 433 Kälber, 182 Schafe.

1. Rinder: A Ochsen a 50—52, b 46—48; c 38 bis 42; b 28—34. B Bullen: a 40—42; b 32—36; c 25—30; C Färsen und Kühe: a 48—50; b 44—46; c 35—40; d 25—30, e 16—24. D Jungvieh: a 25 bis 35.

2. Kälber: a — b 75—80; c 70—75; b 60—65; e 45—55.

3. Schafe A Stallmastschafe B Weideschafe. a 35 bis 40. b 20—30.

4. Schweine: a 70—72. b 73—75; c 76—78; e 60 bis 64. e 60—68.

Tendenz des Marktes: Großvieh schlecht, großer Ueberstand. Kälber und Schweine schleppend. Preise verstehen sich für 50 Kg. Lebendgewicht.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. A. Ruegenberg, Olpe. Verantwortlich für die Gesamtredaktion P. Hüttemann, Olpe; für den lokalen und provinziellen Teil, Feuilleton und Vermischtes: A. Rademacher-Olpe; für die Berliner Redaktion: A. W. Krauß, Berlin-Schöneberg.

Im Manne, Topf und Kochherdzeig gehört nur Rahma buttergleich

Rahma MARGARINE buttergleich K

Man verlange gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco"



Zu Ihrer Zeit hat man dies noch nicht gekannt!

Heutzutage verwendet selbst die verwöhnte Hausfrau in Küche und Haushalt die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband", deren Qualität durch unser Kirnverfahren unter Verwendung auserlesener Rohstoffe allgemein überrascht.

Immer bringt die Welt neue Sachen hervor. Welch eine Verbesserung bildet die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband" für die Hausfrau. Jetzt kann sie alles fein bereiten. „Schwan im Blauband" dankt ihren glänzenden Erfolg dem Kirnprozess. Unsere Mutter und Grossmutter haben niemals eine gleiche Qualität gekannt für so einen billigen Preis.

Sie haben „Schwan im Blauband" doch auch im Hause? Sie ist überall erhältlich in der bekannten Packung zu

50 Pfennig das Halbpfund.

Schwan im Blauband

frisch gekirnt

Die Wahl

in **Weinachtsgeschenken** wird Ihnen **nicht schwer,** wenn Sie unsere große Weihnachts-Ausstellung besichtigen.

Wir machen noch besonders aufmerksam auf unsere reiche Auswahl in **feinen Lederwaren** und **Solinger Stahlwaren.**

Gebrüder Clemens, Olpe,
— **Martinstraße 18.** —

Leder -waren kauft man in der -Handlung **Harnischmacher**

Hilfe in allen Fällen

brachte die Lautenschläger'sche Pyrmoor-Kur seit Jahrzehnten selbst dort, wo zahlreiche andere Mittel ohne Erfolg angewandt wurden; bei **Nervenleiden, Rückenmarksleiden, Lähmungen, Epilepsie, Gicht, Gelenk- und Muskelrheumatismus und Versteifungen, Neuralgien** usw ist die Pyrmoor-Kur von bester Wirkung, wie die uns ständig zugehenden Dankschreiben bezeugen, von denen wir einige hier folgen lassen:

. . . . **5 Monate lang sehr schweres Rückenmarkleiden**

„Auch ich will meinen öffentlichen Dank aussprechen für die Herstellung meines 5 Monate langen sehr schweren Rückenmarkleidens, konnte weder gehen noch sitzen und wurde durch die Lautenschläger'sche Pyrmoor-Kur, welche ich zu Hause machen konnte völlig geheilt. Kann die Kur allen gleich Leidenden sehr empf. Gutsbes. Sch. in B."

Völlig geheilt von sehr schwerem Rückenmark- und Nervenleiden mit vollständiger Lähmung beider Füße und des ganzen Körpers wurde unser Sohn Joseph nachdem alle Mittel und Anwendungen nichts halfen durch die Pyrmoor-Badekur die bequem zu Hause angewandt wurde. Aus Dank empfehlen wir diese Kur allen Leidenden. Oekonom Joh. Orthuber in G.

Kostenlose Auskunft erteilt das
Pyrmoor-Naturheil-Institut München 171, Rosental 15.
Schreiben Sie noch heute (Krankheitsschilderung).
Die Kur ist v. Jedermann bequem zu Hause ohne Berufsstörung vorzunehmen

---

Für die uns beim Tode unseres lieben **Günther** in so überaus großem Maße erwiesene Teilnahme sowie für die vielen Kranzspenden sprechen wir auf diesem Wege allen unsern

innigsten Dank

aus.

Olpe, den 21. Nov. 1924.

Hermann Klein u. Frau
Therese geb. Schürmann
Annemarie Klein.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die **Maul- und Klauenseuche** wird auf Grund der §§ 18 ff des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 — R. G. Bl. S. 519 — mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten folgendes bestimmt:

Nach den Ermittelungen des Herrn Veterinärrats ist die **Maul- und Klauenseuche** unter den Viehbeständen

des **Franz Henze**
und des **Bäckermeisters Hermann Kost,**
beide in **Attendorn** ausgebrochen.

Als **Sperrbezirk** werden die Seuchengehöfte erklärt.

Auf diese finden die in meiner Viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 27. September 1921 — abgedruckt im Kreisblatt für 1921 vom 29. September Nr. 225 —, bekanntgegebenen Sperrvorschriften bis auf weiteres Anwendung.

Olpe, den 21. November 1924.

Der Landrat.

Polizeiverordnung

betreffend Rodelverbot in den Straßen der Stadt Olpe.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und des Reichsgesetzes vom 13. Oktober 1923 über Vermögensstrafen und Bußen wird mit Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Bezirk der Stadt Olpe folgende Polizeiverordnung erlassen.

§ 1.

Das Rodeln in den Straßen der Stadt (Fahrdamm wie Bürgersteige) ist verboten.

§ 2.

Uebertretungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Gold-Mark und, falls diese nicht beigetrieben werden kann mit entsprechender Haft bestraft.

§ 3.

Die Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Olpe, den 21. November 1924.

Die Polizeiverwaltnng:
Der Bürgermeister **Sommerhoff.**

General-Versammlung

des Heldener Spar- und Darlehnskassen-Vereins e. G. m. u. H. zu Helden

am Sonntag, dem 30. November 1924, nachmittags ½5 Uhr in der Wirtschaft **Platte zu Niederhelden.**

Tagesordnung:

1. Rechnungslage und Eröffnung der Bilanz.
2. Festsetzung des Geschäftsanteils.
3. Neuwahl, Ausscheiden der Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrats.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Suche tüchtigen

Former

für **Rot-** und **Gelbguß,** welcher vollkommen selbständig arbeiten kann.

Johann Erger,
Stettin-Grünhoff,
Langestr. 47.



Ein älteres

Pferd

vorzüglich für Landwirtschaft geeignet, zu verkaufen
Wo sagt die Geschäftsst. dss. Bls.



Von Freitag, dem 28. November, ab, haben wir eine große Auswahl hochtragender und frischmelker

Kühe und Rinder

zum Verkauf stehen.

Julius Moses
S. Rosenberg
Kirchen,
Telef. 193 Amt Betzdorf.

Verkaufe **Dienstag,** nachmittag frisches

Schweinefleisch

pr. Pfund 1.— Mk.

Gefrierfleisch

pr. Pfund 0,75 Mk.

Kölnerstr. 35.

Musikinstrumenten-Spezialhaus
Karl Horn, Siegen,
liefert nur Qualitätswaren. Kataloge frei. Fernruf 1173



Wanderabteilung.

Heute Dienstag abends 8½ Uhr Antreten bei **Norbert Deimel.**

Wanderung

Erscheinen Pflicht.

Der Wanderwart.

Es genügt nicht,
einen nützlichen Gegenstand bloß zu erzeugen, sondern es handelt sich darum, möglichst vielen Leuten davon zu verständigen.

Die Zeitungsannoncen in unserem Blatt ist das sicherste Mittel dazu!

Für sofort ein fleißiges, ordentliches

Mädchen

nicht unter 20 Jahren, gesucht.
Frau Rechtsanwalt
Otto Dingerkus,
Grevenbrück i. W.

Schönes

möbliertes Zimmer

mit voller Pension zu vermieten. Zu erfragen in der Gesch. ds. Bls. 3947

Handtasche

mit Inhalt (Paß etc.) Sonntag morgen

verloren.

Wiederbringer erhält Belohnung. Von wem, sagt die Gesch. ds. Bls. 3943

Linoleum-
Teppiche
Vorlagen
Läufer

Cocosläufer
Fussmatten

A. Zimmermann,
Olpe b. Landratsamt.
Tel. 290

Briefpapier

geschmackvoller Ausstattung

Ruegenberg'sche Buchhdlg.
Olpe — Bahnhofstrasse.

Habe dauernd

Aepfel und Birnen

zu sehr billigen Preisen in der Wohnung **Fritz Bredemeier,** Weierhol.

Friedrich Buchmeier,
Rohden.

Am Samstag, dem 29. November, cr. nachm. ½3 Uhr werde ich in **Niederstenhammer,** Stat Sondern Krs. Olpe im Auftrage des Dr. Fr. Sondermann wegen Aufgabe der Landwirtschaft öffentlich meistbietend gegen Bar oder Kredit verkaufen:

1 Mähmaschine für Einspänner (Fahria-Krupp), 1 Heuwender, 1 Pferde-Heu-Rechen fast neu, wenig gebraucht, 1 Panje-Wagen, 1 Gig, 1 Pflug, 1 Egge, 1 Centrifuge (Hennef-Stremel) Sattelzeug, Geschirr usw, Möbel wie Bettstellen, Kommode, Oefen Polsterstühle, Holzstühle u. a.

Die Sachen sind gebraucht, aber durchweg gut erhalten. Besichtigung von mittag ab.

Beul, beeid. Auktionator.

Moderne Literatur

Ruegenberg'sche Buchhandlg., Olpe, Bahnhofstr.

Nadel-Grubenholz

in westfälischen Dimensionen und langen Stangen sowie **Brennholz** und **eichen Spitzen** 3½' 5×8 4' 5×8 und 4' 8×10 laufend gegen Kasse zu kaufen gesucht.

Angebote möglichst mit äußerstem Preis für Waggon sind zu richten unter Nr. 300 an die Geschäftsst. dss. Bls.

Geübte

Kokillen-Gießer

für Aluminiumguß-Armaturen in gutbezahlte Dauerstellung gesucht. Unverheiratete bevorzugt. Angebote unter Nr. j†3946 an die Exp. ds. Bls.

Eichen-Stammholz

auch Bestände in jeder Größe, sucht gegen sofortige Barzahlung zu kaufen.

Johann Kirchhoff,
Holzhandlung und Sägewerk,
Rönkhausen i. Westf.

DEUTZ

Rohöl-Motoren
Diesel-Motoren

die wirtschaftlichsten

Antriebsmaschinen

Brennstoffverbrauch:
1,8 kg - 2,5 kg /Ps Std.

4495¹

MOTORENFABRIK DEUTZ A-G.
Zweigniederlg. FRANKURT a/M. Kaiserstr. 23

Städtisches Schauspielhaus Hagen i. W.

Dienstag, den 25. Nov. 7.30—10.15 Uhr: Vormiete B 5, Preis 3, „Der Evangelimann". Oper in 2 Akten von Wilh. Kienzl. Musikal. Leitung: Hans Werner. Spielleitung: Alexander Spring.

Mittwoch, den 26. Nov., 7.30—10.30 Uhr: Außer Vormiete Preis 2, Zum ersten Male: „Kameraden", Komödie in 4 Akten von August Strindberg. Spielleitung: Ernst Schweizer. Bühnenbild: Egon Wilden.

Donnerstag, den 27. Nov., 7.30—10.30 Uhr: Erste Sondervoranstaltung für die Reihe A, Preis 3, Uraufführung: „Gudrun auf Island", Oper in 3 Aufzügen von Paul von Klenau. Musikal. Leitung: Dr. Fritz Berend. Inszenierung: Alexander Spring. Bühnenbild: Egon Wilden.

Freitag, den 28. Nov., 7.30—10.15 Uhr: Geschlossene Vorstellung für den Bühnen-Volksbund, Gruppe A, „Der Evangelimann" Oper in 2 Akten von Wilh. Kienzl. Musikal. Leitung: Hans Werner. Spielleitung: Alexander Spring.

Samstag, den 29. Nov., 6—8.45 Uhr: Erstaufführung: „Der gestiefelte Kater", Volksmärchen in 4 Akten. Spielleitung: Rodolf Platte Musikal. Leitung: Hans Bernstein. Bühnenbild: Egon Wilden. Tanzregie: Elsa Kahl.

Sonntag, den 30. Nov., 7.30—10.30 Uhr: In gänzlich neuer Ausstattung: „Hoffmanns Erzählungen", phantastische Oper in 3 Bildern, von Jules Barbier. Musik von Jaques Offenbach. Musikal. Leitung: Dr. Fritz Berend. Spielleitung: Intendant Richard Dornseiff. Bühnenbild: Egon Wilden.